

Bundestagswahl: In Bad Alexandersbad stellen sich die Kandidaten der Diskussion

Alle Bewerber im direkten Vergleich

In Bad Alexandersbad beziehen die Kandidaten aus Hochfranken Position. In Sachen Flüchtlingspolitik machen sich einige Unterschiede bemerkbar.

Von Gerd Pöhlmann

Bad Alexandersbad – Eine Woche vor der Wahl hat das Evangelische Bildungs- und Tagungszentrum (EBZ) in Bad Alexandersbad alle Bundestagskandidaten für den Wahlkreis Hof/Wunsiedel an einen Tisch geholt. Am Sonntag hatten die neun Kandidatinnen und Kandidaten, es fehlte Carsten Warnke (Die Partei), Gelegenheit, sich vorzustellen. Nach einer Fragerunde mit Anne-Sophie Göbel vom Jugendforum Wunsiedel und Diakon Jürgen Kricke von der Evangelischen Landjugend stellten sich die Politiker den Fragen des Publikums. Die Moderation übernahm Joachim Twisselmann vom EBZ.

Große Aufreger waren erwartungsgemäß nicht dabei. Einzig beim Thema Flüchtlingspolitik und Asylrecht unterschieden sich die Ansichten der Kandidaten. Pfarrer Johannes Herold hatte bemängelt, dass sich das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und manche Richter über Artikel 4 des Grundgesetzes, Religionsfreiheit, hinwegsetzen. So würden auch getaufte Christen wieder in ihre Herkunftsländer geschickt, „weil BAMF und Richter behaupten, die Asylsuchenden würden bezüglich ihres Glaubens lügen“. „Im Asylrecht hängen Entscheidungen davon ab, welcher Wind in der Politik herrscht“, sagte Jörg Nürnberger (SPD). An Hans-Peter Friedrich (CSU) gewandt ergänzte der SPD-Kandidat, dass man sich über solche Urteile nicht wundern dürfe, wenn in der Politik möglichst wenig Asyl

„Es sind genauso meine Steuern, die den ÖPNV in München finanzieren.“
Ulrich Frey aus Arzberg

gewünscht werde. Die Behauptung, die Politik versuche auf diese Weise Einfluss zu nehmen, wies Hans-Peter Friedrich scharf zurück. Bayern habe sich immer vorbildlich gegenüber Asylsuchenden verhalten. Doch die Aufnahmefähigkeit sei nun mal begrenzt. „Einer Taufe geht ein längerer Prozess voraus“, sagte Ulrike Dierkes-Morsy (Die Linke). „Diese Entscheidung hat jede Institution hinzunehmen.“ Wer in seinem Heimatland aufgrund der Religion verfolgt wird, genieße auf jeden Fall Asylrecht in Deutschland, sagte Dr. Klaus Schrader (Grüne). Allerdings fehlten Regelungen, wie mit Menschen umzugehen ist, die sich hierzulande erst zum christlichen Glauben bekennen.

Wolfgang Hermann aus Tröstau sprach die kommunalen Finanzen an. „Geld hat mit Beteiligung zu tun, doch die Kommunen hier sind in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt“, sagte Hermann. Für einen Schuldenschnitt der Kommunen

sprach sich Ulrike Dierkes-Morsy aus. „Seien wir ehrlich: Städte wie Wunsiedel und Hof werden ihre Schulden nie zurückzahlen können“, sagte sie. Hans-Peter Friedrich verwies auf die Nordbayern-Initiative und die Stabilisierungshilfen. Bayern stehe den Kommunen bei, sagte der CSU-Politiker. Allerdings sei der Freistaat verpflichtet, mit gut 3,5 Milliarden Euro das „rot-rot-grün regierte Berlin zu finanzieren“. In der Region gehe es voran, man müsse nur Aktiva und Passiva gegenüberstellen. „Dann kommt etwas raus wie ‚rentierliche Schulden‘“, konterte Jörg Nürnberger. Gemeinden, sagte er, dürften nicht am Gängelband der Regierung hängen. „Es geht nicht um einzelne Programme, sondern darum, den Kommunen Geld zu geben, damit sie selbst entscheiden können“, sagte Nürnberger. Hans Martin Grötsch (Freie Wähler) hatte die Ursachen in der verfehlten Strukturpolitik nach der Wende ausgemacht. „Der ländliche Raum wurde total vergessen“, sagte er. Als sinnvoll erachtete Michael Böhm (Piraten) eine Art „lokalen Finanzaus-

gleich“, um Geld aus dem Münchner Speckgürtel in die ländlichen Regionen zu bringen. Dr. Michael Wüst (AfD) sprach sich dafür aus, die Steuermehreinnahmen des Bundes zielgerichtet an die Kommunen weiterzugeben. Natürlich seien die Menschen dankbar für die bayerischen Förderprogramme. „Aber das sind genauso meine Steuergelder, die den ÖPNV in München finanzieren“, warf aus dem Publikum Ulrich Frey, Arzberg, ein.

Kurt Rodehau, Marktredwitz, forderte eine Hochschule für Marktredwitz. Hans-Peter Friedrich warf er vor, sich nicht genug für die Themen Bildung und Kultur einzusetzen. Friedrich dagegen verwies auf die Projekte der vergangenen Jahre, darunter der Luisenburg-Ausbau, die Übernahme des Porzellanikons und die bessere Finanzausstattung für das Theater Hof und die Symphoniker.

„Wenn wir über Chancen der Region sprechen, dann müssen wir auch jungen Menschen die Möglichkeit geben, hier zu studieren“, sagte Jörg Nürnberger. Das betreffe den Standort Marktredwitz genauso wie

die Fachschule für Produktdesign in Selb.

Auf das Thema Altersarmut lenkte Barbara Twisselmann aus Bad Alexandersbad das Gespräch. Viele Frauen hätten ihr Leben lang gearbeitet und Kinder erzogen. Nur im Alter reiche das Geld nicht mehr aus. „Sie haben Recht“, lautete durch die Bank die Antwort. Ulrike Dierkes-Morsy nutzte die Gelegenheit, um eine Kindergrundsicherung zu fordern. Nach Hans-Peter Friedrich müssen die Mütterrente erweitert und Steuervorteile für Familien geschaffen werden, damit sie Eigentum schaffen könnten. „Bauen?“, fragte Verena Thümmel (Bündnis C). „Wer kein Geld hat, hat auch nicht die Möglichkeit zu bauen.“ Laut Jörg Nürnberger haben 50 Prozent der Menschen kein Vermögen: „Ihnen helfen steuerliche Vorteile nicht.“ Klaus Horn (FDP) forderte das Zusammenlegen Grundsicherung und Rente, „damit die Menschen nicht mehr als Bittsteller zum Amt müssen“. Hans Martin Grötsch wies daraufhin, dass auch die Kosten für Waren des täglichen Bedarfs laufend steigen würden.



Nach der Diskussionsrunde im EBZ (von links): Moderator Dr. Joachim Twisselmann, Michael Böhm (Piraten), Jörg Nürnberger (SPD), Anne-Sophie Göbel vom Jugendforum Wunsiedel, Dr. Hans-Peter Friedrich (CSU), Klaus Horn (FDP), Verena Thümmel (Bündnis C), Hans Martin Grötsch (Freie Wähler), Dr. Michael Wüst (AfD), Ulrike Dierkes-Morsy (Die Linke), Diakon Jürgen Kricke und Dr. Klaus Schrader (Grüne).
Foto: Gerd Pöhlmann

Politik nimmt Schule und Kirche in die Pflicht

Engagieren sich junge Menschen, stärkt das die Demokratie. Doch nicht jeder Kandidat ist für ein Absenken des Wahlalters.

Bad Alexandersbad – Wie lässt sich die Demokratie stärken? Ist es sinnvoll, das Wahlalter herabzusetzen? Mit einer Reihe von Fragen konfrontierte Diakon Jürgen Kricke von der Evangelischen Landjugend die Bundestagskandidaten. Sie hatten eine Minute Zeit, darauf zu antworten.

Die Evangelische Landjugend fordert, das Wahlalter zu senken. So dürfen Jugendliche ab 14 Jahren den Kirchenvorstand wählen. So weit wollten die Bundestagskandidaten dann doch nicht gehen, doch gegen ein Wahlalter von 16 Jahren hatten die wenigsten etwas einzuwenden.

Einzig Dr. Hans-Peter Friedrich (CSU) positionierte sich klar dagegen, „weil es an der Politikverdrossenheit nichts ändert“. Der ehemalige Bundesinnenminister forderte dagegen Politiker auf, ihr Tun zu erklären und machte sich für mehr Streitkultur stark. „Jeder sagt nur noch, was die anderen hören wollen“, meinte Friedrich. Verena Thümmel (Bündnis C) forderte wie auch Dr. Mi-



Jugend und Demokratie – auch bei der Diskussion der Kandidaten ein Thema.

chael Wüst (AfD), das Alter „offen zu halten“. Jugendliche seien sehr interessiert, deswegen müsse auch in den Schulen Politik ein Thema sein, sagte Verena Thümmel. Ein effektiveres Mittel, die Demokratie zu stärken, ist laut Wüst mehr direkte Bürgerbeteiligung. Alle anderen Kandidaten hielten das Absenken des Wahlalters auf 16 Jahre für durchaus sinnvoll. Hans Martin Grötsch (Freie Wähler) und Michael Böhm (Piraten) sahen dann aber auch die Schulen in der Pflicht, mehr auf aktuelle politische Themen einzugehen. „Wenn man junge Leute gewinnen will, muss

man ihnen auch die Möglichkeit geben mitzumachen“, sagte dazu Dr. Klaus Schrader (Grüne). Da es möglich sei, bereits mit 14 Jahren in eine Partei einzutreten, müssten Jugendliche in diesem Alter auch auf kommunaler Ebene wählen dürfen, fand Ulrike Dierkes-Morsy (Die Linke). Jugendliche einbinden und ihnen Verantwortung übertragen, ist laut Jörg Nürnberger (SPD) ein geeigneter Weg, die Demokratie zu stärken. Einen etwas andere Ansatz brachte Klaus Horn (FDP) ins Spiel. In Nordrhein-Westfalen wurde ein Jugendparlament installiert. Dieses Gremi-

um darf Anträge in den Landtag einbringen. „Das sollte man einfach mal ausprobieren“, sagte Horn.

Eine weitere Fragerunde leitete Jürgen Kricke mit einem Zitat von Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), ein. „Es geht nicht um Diskussionsverbote. Um Hetzverbote geht es schon“, hatte Bedford-Strohm vor einem Erstarren des Rechtspopulismus gewarnt. Bei anderer Gelegenheit hatte Bayerns Finanzminister Markus Söder die Kirchen aufgefordert, sich aus der Tagespolitik rauszuhalten. Was also, lautete Krickes Frage in die Runde, wünschen sich die Kandidaten von den Kirchen?

Um die neun Antworten auf einen Punkt zu bringen: Kirche und Staat sind strikt voneinander zu trennen. Was aber nicht heißen soll, dass sich die Kirchen nicht in aktuelle Diskussionen einbringen dürfen. Klaus Schrader warnte davor, Kirchen auszunutzen, indem den Gemeinden eigentliche staatliche Aufgaben übertragen würden. „Die Arbeit, die in den Kirchen geleistet wird, ist grundlegend“, sagte Hans Martin Grötsch. „Sie kommt auch in der politischen

„Jeder sagt nur noch, was die anderen hören wollen.“
Dr. Hans-Peter Friedrich (CSU)

Bildung zum Tragen.“ Wichtig sei es, so sagte Hans-Peter Friedrich, die Ehrenamtlichen in den Kirchen in ihrer sozialen Arbeit, das betreffe auch die Flüchtlingshilfe, durch staatlich finanzierte Kräfte besser zu unterstützen. „Kirchen stehen über der Gesellschaft“, sagte Ulrike Dierkes-Morsy. „Ich erwarte, dass sie ihre Stimme erheben, wenn etwas falsch läuft.“ Traurig sei, dass sich die Kirchen viel zu oft hinter ihrer Neutralität versteckten, fand Verena Thümmel. Mit dem christlichen Grundsatz, den Fremden zu lieben wie sich selbst, konfrontierte Kricke den AfD-Kandidaten Michael Wüst. Nächstenliebe, sagte dieser, sei eine Frage der Individualethik: „Politik verfolgt einen anderen Ansatz. Sie muss für gesellschaftlichen Frieden sorgen.“ Wer um sein Leben fürchte, dem müsse geholfen werden. Wer sich auf den Weg mache, weil er sich ein besseres Leben wünsche, dem müsse Einhalt geboten werden. Generell seien Kirchen „wichtige gesellschaftliche Player“, sagte Michael Wüst. „Nur sollten sie nicht als Oberlehrer auftreten.“ Und auch Kirchenvertreter könnten nie für alle Mitglieder sprechen. G.P.

Bad Alexandersbad – Mit seinem Einsatz für den ländlichen Raum wirbt jeder der Bundestagskandidaten im Wahlkreis Hof/Wunsiedel. Bei der Vorstellung der Bewerber im Evangelischen Bildungs- und Tagungszentrum (EBZ) am Sonntag ließ sich Anne-Sophie Göbel vom Jugendforum Wunsiedel erklären, was die Kandidaten zu tun gedenken, um Hochfranken für Alt, Jung und Unternehmen attraktiv zu gestalten.

Michael Böhm (Piraten) warnte davor, die Zukunftschancen alleine auf schnelles Internet zu reduzieren. Dem Wandel in der Region werde man eher gerecht, indem „wir das Ein- und Aussteigen im Bus erleichtern“, sagte Böhm. Er nannte es den „demografischen Wandel adressieren“. Ulrike Dierkes-Morsy (Die Linke) erachtete gute Arbeitsplätze als absolut notwendig. Außerdem sei die Breitbandversorgung, der öffentliche

Personennahverkehr und die Bildung zu beachten, sagte sie. „Wandlungsbewegungen hat es immer schon gegeben“, sagte Dr. Hans-Peter Friedrich (CSU). Es gelte, die Region als Chancenregion bekannt zu machen. Die Standortfaktoren von Gesundheitsvorsorge bis Kultur müssten herausgearbeitet werden.

Die Region brauche ein gutes Klima für Startups, sagte Klaus Horn (FDP). Da einige Banken ungern in

die Region investierten, forderte er einen regionalen Fonds. Und Glasfaser gehöre in jedes Haus. Hans Martin Grötsch (Freie Wähler) warnte davor, sich zu sehr auf München zu konzentrieren. Chancen für den ländlichen Raum würden sich durch eine dezentrale Energiewende ergeben. Anständige und bezahlbare Wohnungen sind für Jörg Nürnberger (SPD) ein wichtiger Aspekt. Angebote für junge Leute sieht Verena

Thümmel (Bündnis C) als Mittel der Wahl, um die Region beliebter zu machen. „Die Region braucht eine wirtschaftliche Basis“, sagte Dr. Michael Wüst (AfD). Mit geringen Strom- und Wasserkosten könnten Weichen gestellt werden. „Aufpassen, dass wir nicht alleine die Folgen der Energiewende zahlen“, war eine Warnung, die Dr. Klaus Schrader (Grüne) in diesem Zusammenhang aussprach. G.P.